

Zinsen: Die Sparer werden noch lange gequält



Die Nullzinsen bleiben uns erhalten. Dazu kommen irre Ideen wie das Bargeldverbot. Die Zentralbanken können das kaum verhindern – sie sind Gefangene ihrer eigenen Politik.

Wer heute ein Sparbuch eröffnet oder einen Bausparer abschließt, stellt sich nur noch eine Frage: wozu eigentlich?

Sechs Jahre nach der Finanzkrise hat die extrem lockere Geldpolitik den Sparer in die Wüste geschickt. Die Zinsen für klassische Sparprodukte sind ausgelöscht. Was das bedeutet? Wenn die durchschnittliche Inflationsrate aktuell 0,6 Prozent beträgt, Sparbücher aber mit 0,02 Prozent besteuert werden, verliert der Sparer Geld. Es geschieht also das genaue Gegenteil dessen, was er will.

Die Schuld für diesen Zustand liegt bei den Währungshütern dieser Welt. Ihnen ist es zwar gelungen, das Finanzsystem zu retten und die Staatsschuldenkrise abzufedern. Aber den Sparer haben sie geopfert.

Inzwischen sind sowohl die klassischen als auch die außergewöhnlichen Zentralbankmethoden ausgeschöpft.

Wie es weitergehen soll, fragt sich auch der berühmte Bankier Jacob Rothschild: Wir befinden uns mitten im „größten Experiment in der Geschichte der Geldpolitik“, schrieb Rothschild an

seine Kunden: „Es ist unmöglich vorauszusehen, welche unbeabsichtigten Folgen die sehr niedrigen Zinsen haben werden.“

Wie soll ein Sparer für die Zukunft planen, wenn selbst ein Rothschild in Deckung geht? Sollen wir es ihm nachtun, und Schwedische Kronen sowie Gold kaufen? Oder sollen wir es wie die Griechen, Schweizer oder Japaner machen – und einfach Bargeld in der Matratze bunkern? Wer seine Antworten direkt bei den Zentralbanken sucht, wird leider auch nicht schlau. Denn die wissen selbst nicht, wie es weitergehen soll. In der vergangenen Woche haben sich einige ihrer wichtigsten Vertreter auf Einladung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Wien getroffen. Zwei Tage lang wurde die Frage gestellt: was jetzt?

Vielleicht lag es am übermäßig klimatisierten Hotelsitzungssaal, aber die Ratlosigkeit der Meister des Geldes war gleichzeitig beruhigend und beängstigend. Die Notenbanker scheinen sich zu Gefangenen ihrer selbst gemacht zu haben. In welche Richtung sie sich jetzt auch bewegen, die Risiken steigen überall exponentiell an.

Fangen wir dort an, wo das Gelddrucken voller Begeisterung aufgenommen wurde: bei den Märkten. Längst werden die Kurse nur noch im Hinblick auf die Geldpolitik bewegt. Seit Monaten warten wir auf einen zweiten Zinsschritt der US-Notenbank Federal Reserve. Das führt dazu, dass die Kurse bei guten Nachrichten fallen, weil eine Zinsanhebung wahrscheinlicher wird. Bei schlechten Nachrichten steigen sie, weil das Geld billig bleibt. Den Marktteilnehmern ist bewusst, dass nicht die Realität, sondern einzig die Inflationierung des Geldes durch die Zentralbanken hinter dem Boom auf den Märkten steckt.

Den Notenbankern ist das auch klar. Und langsam werden ihnen die Geister unheimlich, die sie gerufen haben: „Die Märkte interessieren sich nicht mehr für die bestehenden geldpolitischen Lockerungen, sie blicken immer sofort nach vorn, zum nächsten Schritt“, beklagte der niederländische Notenbankpräsident Klaas Knot in Wien. „Es ist aber sehr gefährlich für die Zentralbanken, sich von den Erwartungen der Finanzmärkte abhängig zu machen.“ Zu ihrer Ehrenrettung muss man über die EZB sagen, dass die Europäer sicherlich die meisten Bauchschmerzen ob der aktuellen Geldflut und der Folgen für die Sparer haben. Auch die BIZ, ihres Zeichens die älteste internationale Finanzorganisation und so etwas wie die Tagesmutter der EZB, als diese noch ein Baby war, warnt vor den Gefahren allzu lockerer Geldpolitik. Diese könne zwar Zeit kaufen. „Sogar viel Zeit“, sagte Knot: „Aber die Geldpolitik kann nicht den ganzen Job machen.“

Das bringt uns zu den Staaten und der Politik. Ähnlich wie die Börsen haben die Regierungen enorm von der Politik des extrem billigen Geldes profitiert. Länder wie Österreich und Deutschland werden fürs Schuldenmachen sogar bezahlt. Viele Anleger trauen der Euphorie auf den Märkten nicht – und parken ihr Geld lieber in sicheren Staatsanleihen. Auch wenn sie dabei Geld verlieren. Aber je länger die Zentralbanken Staatsanleihen kaufen, desto größer wird ihr politischer Einfluss.

Das ist den Währungshütern gar nicht recht, weil es ihre Unabhängigkeit einschränkt. Ironischerweise erst recht, wenn sie mit ihren Eingriffen erfolgreich sind: „Die Gesellschaften werden immer mehr von den Zentralbanken verlangen, was diese wieder weniger unabhängig machen wird“, sagte der US-Ökonom Alan M. Taylor. Auch hier steigt die Gefahr, je länger die lockere Geldpolitik anhält.

Bleibt die Frage, ob man die Wirksamkeit dieser Politik verstärken könnte. Eher das Gegenteil ist der Fall: Jede weitere Billion bringt weniger Wirkung. Der Markt reagiert wie ein Junkie. Er braucht immer höhere Dosen. Und das führt zu den wahrlich verrückten Ideen. Die populärste

geht so: Schafft das Bargeld ab. Dann können die Sparer nicht mehr vor Negativzinsen flüchten.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Soll jeder zahlen, wie er will. Aber aus Sicht der Geldpolitik würde es nicht ausreichen, Bargeld langsam vom Markt zu verdrängen, wie es etwa in Schweden geschieht. „Man brauchte ein glattes Verbot, damit die Menschen nicht mehr in Bargeld fliehen können“, sagte der ehemalige britische Notenbanker Charlie Bean. Ein Verbot würde aber die Rolle des Geldes als Wertspeicher gefährden – und wäre unpopulär, so Bean: „Diesen Weg würden wir auf eigene Gefahr gehen.“

Ein Krieg gegen das Bargeld könnte also auch das Vertrauen in die Notenbanken und ihr Produkt untergraben. Vorschläge wie ein Bargeldverbot werden deshalb in der Kategorie „Exotisches“ abgehandelt. Zumindest bisher.

Aber was bleibt? Die originellste Idee der Wiener Tagung war, so weiterzumachen wie bisher. Die Zinsen werden noch über Jahre niedrig bleiben. Die Inflation könnte nach einigen Jahren im homöopathischen Bereich in Zukunft auch mal über die magische Grenze von zwei Prozent steigen. Für die Sparer bedeutet das die Fortsetzung ihres Siechtums. Und am Ende, wenn die Möglichkeiten der lockeren Geldpolitik sowohl ökonomisch als auch politisch völlig ausgereizt sind, wird abgerechnet. Erst dann wird sich herausstellen, wer diese Krise einigermaßen überstanden hat – und wer nicht.

(Nikolaus Jilch, Die Presse)